



FDP | 10.03.2016 - 13:30

Bundesregierung wälzt Negativzinsverluste auf Sparer ab



Die EZB wird mit großer Wahrscheinlichkeit den Negativ-Zins weiter verschärfen. Dieser Donnerstag droht somit ein schlechter Tag für alle Sparer zu werden. Denn: Bald könnten erste Banken für Kleinsparer negative Zinsen berechnen. Dann kostet es, Geld auf dem Konto zu haben. Deutschlands Steuerbehörden haben für sich bereits festgelegt, dass diese Verluste nicht beim Finanzamt geltend gemacht werden dürfen. "Die Vorgehensweise der Bundesregierung ist dreist", findet [FDP-Finanzpolitiker Volker Wissing](#). [1] Mehr noch: "Dieses Verfahren ist sowohl rechtlich als auch moralisch fragwürdig."

Wissing erläutert: "Bekommen die Bürger positive Zinsen auf ihre Sparguthaben, fordert der Staat Steuern ein. Werden dagegen negative Zinsen fällig, versucht die Bundesregierung, diese zu ‚Gebühren‘ umzudeklariieren, damit sie bei der Steuer nicht als Verluste anerkannt werden müssen." Die Regierung wälze damit die Verluste auf die Sparer ab.

Staat darf Sparen nicht erschweren

Der Freidemokrat mahnt: "Wer positive Zinsen besteuert, muss negative auch als Verluste anerkennen." Je stärker der Staat das Sparen steuerlich erschwere, umso stärker würden die Bürger in das Risiko ausweichen. "Die Bundesregierung sollte die Sparer nicht dazu verleiten, nur noch in riskante Anlageformen zu investieren."

Links

[1] <http://www.volker-wissing.de/>